

Wohlers, Eckhardt

**Article — Published Version**

## Zeit zum Handeln

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wohlers, Eckhardt (2003) : Zeit zum Handeln, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 83, Iss. 4, pp. 210-211

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42127>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Zeit zum Handeln

An den internationalen Märkten scheint der Irak-Krieg bereits abgehakt. Der Ölpreis hat schon kurz nach Kriegsbeginn wieder deutlich nachgegeben, die Aktienkurse zogen an, und der Höhenflug des Euro kam erst einmal zum Stillstand. Gleichwohl wäre es verfrüht, bereits Entwarnung für die Konjunktur zu geben. Denn einerseits ist die Lage im Irak weiterhin alles andere als gefestigt. Zum anderen hat der Irak-Konflikt lediglich bereits vorhandene Schwächetendenzen verlängert und verstärkt. Er war ein weiteres Glied einer Kette von Schocks, die dazu beitrugen, dass die deutsche Wirtschaft nach Überwindung der milden Rezession in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 nicht wieder auf die Beine kam. Zum Teil waren internationale Entwicklungen die Ursache, so etwa die Terroranschläge vom 11. September 2001, der Kursverfall an den internationalen Aktienmärkten und der Höhenflug des Euro. Die davon ausgehenden dämpfenden Einflüsse wurden aber verstärkt durch hausgemachte Faktoren. So haben die nach der Bundestagswahl zum Stopfen der Haushaltslöcher beschlossenen Steuer- und Abgabenerhöhungen – sowie die Art und Weise, wie sie zustande kamen – Unternehmen und Verbraucher zusätzlich verunsichert und das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik schwinden lassen. All das führte dazu, dass die Konjunktur entgegen den noch zu Jahresanfang 2002 allenthalben gehegten Erwartungen das ganze Jahr über schwach blieb; im Jahresergebnis erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland lediglich um 0,2%. Die Lage am Arbeitsmarkt verschlechterte sich dabei beträchtlich.

Auch wenn sich mit dem Ende des Krieges im Irak die Konjunkturperspektiven aufgehellt haben, rechnen die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem jüngst vorgelegten Frühjahrgutachten nicht damit, dass sich die konjunkturelle Lage in Deutschland schon bald spürbar bessert. Zwar sind von der Erholung der Weltkonjunktur Impulse zu erwarten; sie stimuliert nicht nur den Export, über günstigere Erwartungen wirkt sie sich auch positiv auf die Dispositionen von Unternehmen und Verbrauchern aus. Überdies gehen von der Geldpolitik Anregungen aus. Gleichwohl wird die konjunkturelle Erholung in Deutschland nur schleppend vorankommen. Denn auch die Weltwirtschaft expandiert nur verhalten. Zudem wird sich die Bewältigung der durch den Aktienkursverfall entstandenen Vermögensverluste bei Produktionsunternehmen, Finanzinstituten und privaten Haushalten noch einige Zeit hinziehen und die Konjunktur belasten; gleiches gilt für die Aufwertung des Euro. Schließlich gehen von der Finanzpolitik dämpfende Einflüsse aus. Da das gesamtstaatliche Budgetdefizit im vergangenen Jahr die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Obergrenze von 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mit 3,6% deutlich überschritten hat, steht die Finanzpolitik unter erheblichen Konsolidierungsdruck.

Unter diesen Umständen erwarten die Institute für dieses Jahr in Deutschland lediglich ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,5%. Die Kapazitätsauslastung wird weiter zurückgehen, und die Lage am Arbeitsmarkt wird sich nochmals verschlechtern; im Jahresdurchschnitt 2003 wird die Zahl der Arbeitslosen trotz der eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 4,45 Millionen betragen. Auch im Jahre 2004 wird die Konjunktur in Deutschland trotz Festigung keine große Dynamik entfalten. Die von den Instituten erwartete Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8% erscheint zwar, gemessen an den beiden vergangenen Jahren, beachtlich. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im kommenden Jahr wegen des Schalttages und der Häufung von Feiertagen auf Wochenenden erheblich mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen. Dies



**Eckhardt Wohlers**

---

wird sich auch im Bruttoinlandsprodukt niederschlagen. Der Arbeitstageeffekt wird von den Instituten auf einen halben Prozentpunkt veranschlagt, ohne ihn würde das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr lediglich 1¼% betragen.

Für die weltwirtschaftliche Ursachen der anhaltenden Konjunkturschwäche kann sicherlich nicht die Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht werden. Sie trägt aber ein erhebliches Maß an Mitschuld daran, dass die Wachstumsdynamik in Deutschland deutlich geringer ist als im übrigen Euroraum, ganz zu Schweigen von den USA. Wegen des relativ niedrigen Wachstumspfad schlagen konjunkturelle Abschwächungen in Deutschland stärker zu Buche als in vielen anderen Ländern. Insofern sind die derzeitigen Bemühungen der Bundesregierung, durch grundlegende Reformen die Wachstumskräfte zu stärken und die deutsche Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen, grundsätzlich zu begrüßen. Die vom Kanzler im März vorgestellte „Agenda 2010“ ist in dieser Hinsicht ein Schritt in die richtige Richtung. Ob damit Handlungsfähigkeit und Vertrauen zurückgewonnen werden können, bleibt abzuwarten; Voraussetzung dafür ist, dass die Agenda ohne nennenswerte Abstriche in die Tat umgesetzt wird.

Zu begrüßen ist auch, dass am Ziel der Konsolidierung der Haushalte auf mittlere Frist festgehalten wird. Um glaubwürdig zu bleiben, muss aber rasch festgelegt werden, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Nach Auffassung der Institute sollte die Konsolidierung über die Ausgabenseite erfolgen; angesichts des schwachen Wachstums und der ohnehin schon hohen Belastung mit Steuern und Sozialabgaben scheiden Abgabenerhöhung als kontraproduktiv aus. Ferner sollten die für die Jahre 2004 und 2005 vorgesehenen Steuersenkungen wie geplant durchgeführt werden. Konsolidierung über die Ausgabenseite bedeutet nicht, dass alle Ausgaben gleichermaßen gedrosselt werden. Der Rotstift sollte in erster Linie bei den Transfers – zu denen auch die Subventionen zählen – und bei den Personalausgaben angesetzt werden. Gleichzeitig sollten Prioritäten neu gesetzt und der Umfang der staatlichen Aufgaben kritisch überprüft werden. Unstrittig sollte dabei sein, dass Ausgaben für Infrastruktur sowie für Forschung und Bildung, die die Wachstumskräfte stärken, deutlich ausgeweitet werden. Das setzt allerdings voraus, dass die Finanzkraft der Gemeinden durch eine Reform der Kommunalfinanzen gestärkt wird. Um die Konsolidierung des Staatshaushalts erfolgreich durchführen zu können, ist ferner eine Reform der Systeme der sozialen Sicherung erforderlich, auch damit sich die Lohnnebenkosten nicht weiter erhöhen. Im Mittelpunkt sollte eine Steigerung der Effizienz der sozialen Sicherung stehen. Dies gilt insbesondere für das Gesundheitssystem; hier könnten zudem durch Intensivierung des Wettbewerbs Kosten gesenkt werden, ohne dass es zu Leistungsbeschränkungen käme.

Zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Viele von ihnen zielen in die richtige Richtung. Sie sind aber mit erheblichen Mitnahme- und Verdrängungseffekten verbunden. Zudem geht die Umstrukturierung der Arbeitsmarktpolitik notwendigerweise mit einem Abbau herkömmlicher Instrumente einher. Von daher sind in diesem wie auch im nächsten Jahr per saldo von den ergriffenen Maßnahmen keine großen Entlastungen für den Arbeitsmarkt zu erwarten. Inwieweit durch die Reformen die Beschäftigungsschwelle des Wachstums gesenkt wird, wird sich ohnehin erst bei besserer Konjunkturlage zeigen. Gleiches gilt für die geplanten Änderungen beim Kündigungsschutz; auch sie werden einige Zeit brauchen, um Wirkung zu zeigen. Gleichwohl sind sie unumgänglich, um beschäftigungshemmende Rigiditäten am Arbeitsmarkt abzubauen.